

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben in dieser Woche in einer Debatte der **Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor 60 Jahren** gedacht. Unter den 65 Frauen und Männern, die damals das Grundgesetz ausgearbeitet haben, waren 27 Sozialdemokraten. Mit Elisabeth Selbert und Frieda Nadig stellte die SPD zwei von insgesamt lediglich vier Frauen. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatten an der Entstehung des Grundgesetzes einen erheblichen Anteil. Ihre Arbeit war nicht nur geprägt durch die Erfahrungen der Weimarer Jahre. Viele von ihnen wurden unter der Nazi-Herrschaft verfolgt, eingesperrt oder mussten aus Deutschland fliehen. Es verdient unseren Respekt, dass sie sich nach den Jahren des Schreckens so leidenschaftlich und kraftvoll für den Aufbau einer neuen Demokratie in Deutschland eingesetzt haben.

Vieles scheint uns heute nach 60 Jahren als selbstverständlich. Aber das Bekenntnis zum sozialen Bundesstaat, ein unabhängiges Bundesverfassungsgericht, die Festschreibung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind nur einige der wichtigen Errungenschaften, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstritten und im Grundgesetz verankert haben. Damals waren diese Errungenschaften eben nicht selbstverständlich.



Berlin-Brief, Ausgabe 57
14. Mai 2009

Meine Termine

Infostand der Heilbronner SPD in der Fleiner Straße

16.05.2009, 8 Uhr

Jubilarsfeier des SPD-Kreisverbands Heilbronn-Stadt

17.05.2009, 16 Uhr

Heilbronn, Schießhaus

Podiumsdiskussion am Eduard-Mörke-Gymnasium Neuenstadt

18.05.2009, 10 Uhr

Podiumsdiskussion am Justinus-Kerner-Gymnasium Weinsberg

18.05.2009, 14 Uhr

SPD-Kreisvorstand Heilbronn-Land

18.05.2009, 19 Uhr

Heilbronn, SPD-Regionalgeschäftsstelle

SPD-Kreisvorstand Heilbronn-Stadt

19.05.2009, 18 Uhr

Heilbronn, SPD-Regionalgeschäftsstelle

13. Bundesversammlung, Wahl Bundespräsident(in)

23.05.2009, 12 Uhr

Berlin, Reichstag

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



In namentlicher Abstimmung wurden am Mittwoch **neue Regeln für die Spätabtreibungen** beschlossen. Es geht dabei um Fälle, in denen nach der 12. Schwangerschaftswoche eine Behinderung des werdenden Kindes erkannt wird. Nach der nun beschlossenen Regelung werden Ärzte in diesen Fällen zur Beratung der Schwangeren verpflichtet sein. Es gibt künftig eine dreitägige Frist zwischen Diagnose und Abtreibung, die nur aufgehoben werden darf, wenn eine akute Gefahr für das Leben der Mutter besteht. Damit soll verhindert werden, dass Eltern im ersten Schock nach der Diagnose eine Entscheidung gegen ein schwerbehindertes Kind treffen. Der Bundesrat muss dieser Änderung noch zustimmen.

In der Fraktionssitzung hatten wir am Dienstag eine Diskussion zu dem „**Bad Banks**“-**Modell unseres Finanzministers Peer Steinbrück**. Mit einer „Bad Bank“ können Kreditinstitute von Risikoanleihen befreit und das Kreditgeschäft wieder belebt werden. Dies ist wichtig, denn so lange die Banken kaum Kredite vergeben, kann die konjunkturelle Entwicklung auch nicht an Fahrt aufnehmen. Für uns Sozialdemokraten ist aber klar: Hilfe für die Banken wird es nicht zum Nulltarif geben. Die Banken müssen eine Garantiegebühr an den staatlichen Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) abführen und werden verpflichtet, jährliche Rückstellungen zu bilden. Die Rückstellungen werden verwendet, um die Differenz zwischen Buchwert und dem wahrscheinlichen Wert bei Fälligkeit ausgleichen zu können. Wenn eine Bank nicht genügend Rückstellungen für ihre Fälligkeiten gebildet hat, ist ihr eine Dividendenausschüttung untersagt. Damit stellen wir sicher, dass die Banken in die Pflicht genommen werden und mögliche Verluste nicht zu Lasten der Steuerzahler gehen.

In der kommenden Woche ist keine Sitzungswoche, jedoch wird die **Bundesversammlung** am 23. Mai in Berlin zusammenkommen, um eine neue Bundespräsidentin oder einen neuen Bundespräsidenten zu wählen. Vergangene Präsidentenwahlen haben gezeigt, dass sich nicht alle Delegierten bei ihrer geheimen Wahl an ihre Parteibindung hielten. Es wird jedenfalls spannend, und vielleicht haben wir bald mit Gesine Schwan erstmals eine Frau an der Spitze des Staates!

Mit freundlichen Grüßen